

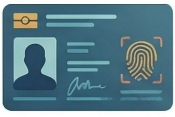
Das digitale Bürgerkonto - Der letzte Sargnagel der Freiheit (Bund-ID, Deutschland-ID, EUDI-Wallet)

Veröffentlicht: 13.12.2025



DAS DIGITALE BÜRGERKONTO: FORTSCHRITT ODER TOTALE KONTROLLE?

Die Instrumente der totalen Überwachung



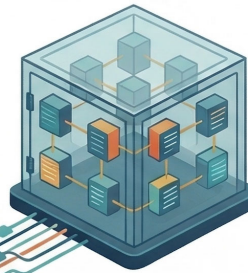
Zentrale Deutschland-ID

Schaffung einer verpflichtenden digitalen Identität als Voraussetzung für die Teilnahme am öffentlichen Leben.



Die EUDI-Wallet

Verknüpfung von Identität und Zahlungsverkehr ermöglicht die Echtzeit-Kontrolle sämtlicher finanzieller Bewegungen.



Das Once-Only-Prinzip

Aufbau zentraler Datenbanken, die Behörden intransparenten Zugriff auf alle hinterlegten Bürgerdaten gewähren.

Die Folgen für Freiheit und Eigentum



Systemischer Zwang statt Freiwilligkeit

Das Onlinezugangsgesetz 2.0 erzwingt die digitale Kontonutzung durch drohenden Ausschluss aus der Gesellschaft.



Manipulation in Echtzeit

Behörden können Rechte wie Führerscheine oder Eigentum per digitalem Mausklick sofort entziehen.



Verlust der demokratischen Kontrolle

Ein parasitärer Verwaltungsapparat nutzt Algorithmen zur Disziplinierung und Ausbeutung der produktiven Bevölkerung.

Während die Bundesregierung der Öffentlichkeit das digitale Bürgerkonto als Fortschritt verkauft, verbirgt sich dahinter nichts Geringeres als der schleichende Entzug sämtlicher bürgerlicher Freiheiten. Unter dem Deckmantel einer umfassenden „Digitalisierungsstrategie“ wird der Staatsklave an die kurze Leine der Verwaltung gelegt – effizient, zentralisiert und lückenlos überwacht.

Was auf den ersten Blick als Modernisierung der Verwaltung erscheint, ist in Wahrheit der Aufbau eines totalitären Kontrollsystems. Das digitale Bürgerkonto – euphemistisch als „Bund-ID“ und künftig als „Deutschland-ID“ bezeichnet – soll zur zentralen Plattform der digitalen Identität werden. Jeder Mensch wird gezwungen, sich eindeutig identifizierbar zu machen, Anträge und Kommunikation ausschließlich über ein staatliches Portal abzuwickeln und künftig sämtliche behördlichen Interaktionen über ein digitales Postfach zu führen. Der Staat sitzt damit buchstäblich im Wohnzimmer jedes Einzelnen – unsichtbar, aber allgegenwärtig.

Die geplanten Funktionen offenbaren die wahre Dimension dieses Projekts:

Über eine zentrale Anlaufstelle sollen sämtliche Verwaltungsleistungen digital und ortsunabhängig verfügbar sein. Auf den ersten Blick praktisch – auf den zweiten Blick fatal: Wer sämtliche Zugänge zu essenziellen Lebensbereichen über ein einziges Konto lenkt, schafft perfekte Voraussetzungen für totale Kontrolle. Die verpflichtende digitale Identität wird nicht etwa zum Service für die Bürger – sie wird zur Voraussetzung, um überhaupt noch am öffentlichen Leben teilnehmen zu können. Ohne Registrierung? Kein Zugang. Ohne Identitätsnachweis? Keine Dienstleistung.

Hinzu kommt die Einführung der sogenannten EUDI-Wallet, einer europäischen digitalen Brieftasche, die nicht nur Identifikation und Authentifizierung, sondern auch Zahlungen abwickeln soll. Wer ernsthaft glaubt, dass diese Wallet auf Freiwilligkeit basieren wird, unterschätzt die Mechanismen moderner Verwaltung. Schon heute sehen wir, wie unter dem Vorwand der Effizienz immer weitere Bereiche des Lebens digitalisiert und zentralisiert werden. Morgen könnten Konto und Wallet untrennbar miteinander verbunden sein – mit der Konsequenz, dass finanzielle Bewegungen in Echtzeit nachvollziehbar und manipulierbar werden. Freiheit? Nur noch ein Wort aus alten Geschichtsbüchern.

Ein weiteres perfides Element ist das sogenannte Once-Only-Prinzip:

Mit angeblichem Einverständnis der Nutzer können Behörden auf bereits hinterlegte Daten zugreifen, um unnötige Mehrfachübermittlungen zu vermeiden. Praktisch? Vielleicht. Gefährlich? Zweifellos. Denn was als Komfort verkauft wird, ist in Wahrheit der Aufbau zentralisierter Bürgerdatenbanken, deren Sicherheit und Zugriffsmöglichkeiten letztlich außerhalb jeglicher demokratischen Kontrolle liegen. Wer Zugriff hat, wer die Daten verwendet, wer Profile erstellt – all das bleibt im Nebel staatlicher Intransparenz verborgen.

Das gesetzliche Fundament dieser digitalen Knebelung liefert das Onlinezugangsgesetz (OZG) 2.0. Es verpflichtet Bund und Länder, sämtliche Verwaltungsleistungen elektronisch bereitzustellen – und damit faktisch jeden Bürger in das digitale Bürgerkonto zu zwingen. Freiwilligkeit weicht systemischer Erpressung: Entweder du passt dich an – oder du wirst aus

der modernen Gesellschaft ausgeschlossen. Menschen, die bereits heute mit Computern und Handy-Apps überfordert sind, werden durch die Digitalisierung endgültig entrechtet und schutzlos gemacht.

Doch der perfide Plan reicht tiefer:

Der größte Teil der Behörden, Ämter und Verwaltungen, die sich selbst durch diesen Umbau zu digitaler Totalität absichern wollen, sind längst nichts anderes mehr als parasitäre Strukturen. Sie schaffen keinen einzigen realen Wert, sie produzieren keine Rohstoffe, sie stellen keine echten Ressourcen bereit – und doch nehmen sie sich das Recht, die produktiven Teile der Gesellschaft zu plündern, zu enteignen und auszubeuten. Der Missbrauch, der bislang mühsam in Anträgen und Fristen verpackt war, wird durch das Bürgerkonto bequem gemacht – aber nur für die Täter, nicht für die Opfer.

Die Bequemlichkeit, die hier geschaffen wird, ist nicht die Bequemlichkeit der Bürger, sondern die der Staatsparasiten, die sich ihre Ausbeutung rationalisieren und automatisieren wollen. Was hier bequemer wird, ist nicht das Leben der Menschen – es ist der Diebstahl, die Kontrolle, die Willkür.

Heute Morgen besitzt du noch dein Haus – heute Abend hast du es verloren, weil eine digitale Entscheidung über dein Konto gefällt wurde. Heute vor dem Frühstück hast du noch deinen Führerschein – fünf Minuten später ist er widerrufen, ohne dass du dich dagegen wehren kannst. In Echtzeit, zu jeder Zeit, wird dein gesamtes Leben verwaltbar und manipulierbar – und zwar durch eine Instanz, die keinerlei echte Rechenschaft mehr schuldet.

Wer glaubt, das sei übertrieben, der verkennt die strukturelle Natur von Machtmissbrauch. Wo totale Verfügungsgewalt über Identität, Eigentum und Existenz möglich ist, da wird sie früher oder später auch angewandt – und zwar nicht zum Schutz, sondern zur Disziplinierung, Kontrolle und Enteignung. Das digitale Bürgerkonto ist nichts anderes als die endgültige

Errichtung eines Systems, in dem Bürger zu gläsernen Sklaven degradiert werden, deren Lebensrealität durch algorithmische Verwaltung und politische Willkür bestimmt wird.

Deshalb muss dieser gesamte parasitäre Verwaltungsapparat, der nichts anderes tut, als den produktiven Menschen ihre Früchte zu stehlen, aufgelöst und abgeschafft werden. Wir brauchen keine Systeme, die den Missbrauch erleichtern – wir brauchen neue Modelle, die Freiheit, Selbstbestimmung und echten Frieden garantieren. Modelle, die nicht auf Zwang, Gewalt und Täuschung beruhen, sondern auf der freiwilligen Kooperation freier Menschen.

Die heutigen Behörden und Verwaltungen vertreten diese Ideale nicht einmal im Ansatz. Sie arbeiten mit Täuschung, sie arbeiten mit Zwang, sie arbeiten mit Gewalt – und sie dienen nicht dem Menschen, sondern einzig und allein ihrer eigenen Machterhaltung.

Wer weiterhin an diesem System festhält oder es gar noch digitalisiert, verrät nicht nur die Grundrechte, sondern auch die Zukunft freier Gesellschaften.

Dieses digitale Bürgerkonto darf unter keinen Umständen zugelassen werden.

Nicht, weil wir Fortschritt ablehnen – sondern weil echter Fortschritt niemals auf totaler Unterwerfung und systematischer Entmündigung beruhen kann.

Es geht um nichts Geringeres als die Verteidigung unserer Freiheit gegen eine kalte, technokratische Versklavung, die sich als Bequemlichkeit tarnt.

Widerstand ist nicht nur legitim – er ist eine moralische Pflicht.

